

Germering, 12.04.2023  
Michael Schrodi  
Vorsitzender  
Wilhelmstraße 17  
82140 Olching  
Tel.: 08142/504327  
[www.spd-ffb.de](http://www.spd-ffb.de)

### Pressemitteilung

## Schrodi und Liebethuth gegen Abschaffung der Erbschaftsteuer

**Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, und Daniel Liebethuth, Landtagskandidat der SPD im Stimmkreis Fürstenfeldbruck-Ost, kritisieren die Forderung der Freien Wähler nach einer Abschaffung der Erbschaftsteuer. „Die Abschaffung der Erbschaftsteuer würde die höchsten Vermögen entlasten und die soziale Ungleichheit verstärken. Wir brauchen vielmehr eine effektivere Erbschaftsteuer für die drei Prozent höchsten Vermögen in Deutschland,“ so Schrodi und ergänzt:**

„Herr Friedl wiederholt die falsche Lobbyerzählung der Immobilienwirtschaft, in der er selbst tätig ist. Dadurch wird sie nicht richtiger. Kein Erbe wird aufgrund der verfassungsrechtlich notwendigen und vom ehemaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) veranlassten Reform der Immobilienwertermittlungsverordnung sein Haus verkaufen müssen.“ Und Liebethuth, der bei den kommenden Landtagswahlen für die Kreis-SPD antritt, legt nach: Nicht die Verordnung oder die Erbschaftsteuer seien die Ursachen von zu wenig bezahlbarem Wohnraum, wie Hans Friedl behauptet. Das Problem sei in Bayern vielmehr hausgemacht. „Die bayerische Staatsregierung hat jahrzehntelang öffentliche Wohnungen verkauft und keine neuen gebaut. Die Wohnungsmarktproblematik hat nichts mit der Erbschaftsteuer zu tun.“

Als Ländersteuer fließen die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer den Bundesländern zu. Im vergangenen Jahr nahm Bayern darüber knapp 3,2 Milliarden Euro ein. „Die Abschaffung der Erbschaftsteuer entlastet vor allem die Erben größter Betriebsvermögen und würde milliardenschwere Mindereinnahmen für die Länder bedeuten. Das sind Mittel, die im Haushalt dann fehlen – für die Finanzierung öffentlicher Schulen, Krankenhäuser oder den öffentlichen Nahverkehr“, macht Daniel Liebethuth deutlich. Michael Schrodi ergänzt: „Auf der anderen Seite polemisieren CSU und Freie Wähler gegen den Mindestlohn und das Bürgergeld. Sie treten nach unten und wollen gleichzeitig die ganz oben verschonen. Das ist unverschämte“. Der SPD-Abgeordnete fordert stattdessen eine effektivere Erbschaftsteuer für die drei Prozent höchsten Vermögen in Deutschland. „Es gibt große Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Erbschaften. Während die Hälfte der Bevölkerung gar nichts erbt, werden auf der anderen Seite Millionenbeträge leistungslos und oftmals steuerfrei vererbt oder verschenkt – aufgrund von weitreichenden Firmenprivilegien, großen Schenkungen an Minderjährige oder Übertragungen von Vermögen auf private Familienstiftungen. Die Vermögensungleichheit wächst so immer weiter und dem müssen wir endlich entgegenwirken.“